

Wittgensteiner Zeitung

Ämtlicher Anzeiger der Stadt Laasphe,
der Ämter Wittgenstein, Banse und Erndtebrück

Die Wittgensteiner Zeitung erscheint jeden
Mittwoch u. Samstag u. kostet halbjährlich
40 Mark. — Fernsprecher Nr. 1.
— Postfachkonto Köln Nr. 404 49 —

Anzeigen: 1mm hoch, 43mm breit 25 Mark.
Reklamen: 1mm hoch, 90 mm br. 90 Mark.
Girokonto: Kreisparasse Laasphe Nr. 88
Bankkonto: Warburger Bank Abt. Laasphe

Schmiedung, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe.

Nummer 92

Laasphe, Samstag den 17. November 1923

48. Jahrgang

Ämtliches.

Bekanntmachung.

Infolge der großen Arbeitsüberlastung sind in Zukunft die
Büros im Kreisbureau, der Stadt- und Amts-Verwaltungen ein-
schließlich sämtlicher Rassen am Dienstag und Mittwoch jeder
Woche während des ganzen Tages für den Verkehr mit dem
Publikum geschlossen. Dringende polizeiliche Angelegenheiten sind
hierbei ausgenommen, auch ist das Standesamt an den bezeich-
neten Tagen von 11—12 Uhr vormittags geöffnet.

Verlebung, den 22. Oktober 1923.

Der Landrat. Dr. Kretschmar.

Bekanntmachung.

Der Kreis Siegen hat mit Genehmigung des Herrn Reichs-
finanzministers Notgeldscheine herausgegeben, welche in letzter Zeit
auch in dem Kreis Wittgenstein in größeren Mengen Eingang
gefunden haben. Ich weise darauf hin, daß diese Notgeldscheine
gültige Zahlungsmittel sind. Die Zurückleitung der Geldscheine
an die Rassen des Kreises Siegen kann mit Hilfe der Reichsbank-
nebenstelle durch alle öffentlichen Rassen des Kreises Wittgenstein
ohne Schwierigkeiten erfolgen.

Verlebung, den 8. November 1923.

Der Landrat. J. B. Weber, Kreissekretär.

Höchste Gefahr am Rhein.

Von eingeweihter Seite wird uns geschrieben:

Über die Dinge in Bayern, über die Kanklerkriege und
alles mögliche andere scheinen wir uns betraue vergessen zu
haben, das ist die Entwicklung im Rheinland. Der
Separatismus, von französischen und teilweise auch
belgischen Majonneten gestützt, hat sich überall Machtpositi-
onen geschaffen, und langsam, aber unheimlich dringt er we-
ter vor, wächst gleichzeitig mit ihm der Gedanke, aus dem
Rheinland einen selbständigen Staat zu machen. Auf der
anderen Seite scheint die rheinische Währung un-
mittelbar vor der Durchführung zu stehen. Selbstverständ-
lich ist im Rhein- und Ruhrgebiet als dem ausgedehnten
Wirtschaftszentrum Deutschlands ein wertbeständiges Zah-
lungsmittel besonders notwendig. Ob die Rentenmark in
das besetzte Gebiet hineingelassen wird, ob sich nicht viel-
mehr die interalliierte Rheinlandkommission gegen sie aus-
spricht, ist aber endgültig noch nicht entschieden. Trotzdem
will man deutscherseits die rheinische Währung schaffen oder
hat sie schon geschaffen. Diese Währung ist zweifellos besser
fundiert wie die Rentenmark, weil sie aufs engste verknüpft
ist mit internationalem Kapital: neben 55 Millionen
Goldmark deutschen Kapitals soll nämlich ein
französischer Anteil in Höhe von 30 Millionen und
ein englisch-belgischer Anteil in Höhe von 15
Millionen Goldmark das Grundkapital abgeben. Das hat
zur Folge, daß im Aufsichtsrat mindestens zwei Franzosen
und ein Engländer sitzen werden, hat aber vor allem die

andere Folge, daß die rheinische Mark als die bessere
eine starke Anziehungskraft auf die benachbarten Gebiete
ausüben muß und dort die deutsche Rentenmark zu verdrän-
gen in der Lage sein wird. Die Befürworter dieses Planes
wollen sich und andere dadurch beruhigen, daß sie die Be-
gründung dieser rheinischen Sonderwährung als einen
Schachzug gegen das Vordringen des Franken bezeichnen. —
Das wäre eine Begründung, die aber nur dann ihre Be-
rechtigung hat, wenn die Rentenmark, überhaupt das ganze
Geld über die Rentenbank im besetzten Gebiet endgültig
durch die Franzosen für ungültig erklärt wird. Das ist aber,
wie gesagt, noch nicht geschehen. Und ehe man zur rheinischen
Währung als zu einer Notmaßnahme gegenüber dem Fran-
ken übergeht, muß unbedingt die Klarheit über die
Stellungnahme der Rheinlandkommission geschaffen werden.

Denn sonst bedeutet eine solche Währung eine unfrei-
willige Unterstützung der separatistischen Bestrebungen,
ein Mitgehen mit der französischen Politik. Gerüchte wollen
wissen, daß die Regierung nur die Konsequenzen aus der
Ausschaltung der deutschen Souveränität im besetzten Ge-
biet dadurch ziehen wolle, daß im Laufe dieses Monats
für Rhein und Ruhr die Arbeitslosenunter-
stützungen und die Sozialrenten gesperrt
werden sollen. Begründet werde diese Maßnahme da-
durch, daß das Reich im besetzten Gebiet keine Rechte mehr
habe und nur die Lasten tragen solle. Das sozialdemo-
kratische Zentralorgan, der Vorwärts, spricht sich in
schärfster Form gegen diese Maßnahmen aus, ebenso
gegen jene Politiker, die das Rhein- und Ruhrgebiet staats-
rechtlich sozusagen räumen wollen, wie man im
Kriege freiwillig Landesteile aufgeben, um sie später wieder
zu erobern. Das sei eine unmögliche Politik.

Es wird in der ganzen Rheinlandfrage viel zu viel
hinter den Kulissen gearbeitet; das fördert nur die Ge-
rüchtelei und schwächt damit unsere eigene Position
gegenüber den Franzosen. Es ist zu begrüßen, daß die
Reichsregierung sich sehr scharf gegen allerhand Gerüchte
über eine angebliche Zustimmung des Reiches
zu der Errichtung einer autonomen Rheinischen Republik
wendet, zu begrüßen, daß auch der preussische Innen-
minister Seevering sich ausländischen Pressevertretern
gegenüber eingehend mit der separatistischen „Bewegung“
befaßt, sie in Grund und Boden verurteilt und damit
dem Ausland reinen Wein über die wirkliche Stimmung
des Rheinlandes einfließen. Wir haben eine Volksab-
stimmung über Zugehörigkeit zu Preußen und zum Reich
im Rheinland nicht zu fürchten.

Denn noch einmal: man habe Vertrauen zum deut-
schen Volke und halte alle Positionen, die wir haben, mit
Klauen und Zähnen fest. Denn aus dem Kriege wissen
wir noch, daß man eine Position, die man einmal auf-
gegeben hat, immer nur schwer und immer nur mit großen
Verlusten wieder erobern kann, daß aber allzu oft die
Wiedereroberung des Verlorenen nicht mehr möglich war.

Wohin geht die Fahrt?

So undurchsichtig, wie in diesen Tagen, ist die poli-
tische Atmosphäre Deutschlands noch nie gewesen. Das
liegt nicht nur daran, daß seit Sonnabend keine Zeitungen
mehr erscheinen, und daß der Reichstag nicht verammelt
ist, der doch auch bei uns noch immer ein Barometer des
politischen Wetters ist, sondern daran, daß die Reichsregie-
rung und die Länderregierungen und die politischen Par-
teien mit Ausnahme der beiden äußersten Flügel der parla-
mentarischen Phalanx sich über die ungeheuren großen
Schwierigkeiten, die durch das Zusammenwirken inner-
politischer Zwietracht und außenpolitischer Zerstörung-
swut entstanden sind, nicht anders hinweghelfen wissen,
als dadurch, daß sie durch die unumgänglichen Maßnah-
men zu bewirken versuchen, daß die Staatsmaschine wenig-
stens nicht ganz zum Stillstand kommt und jedes
schöpferische Latentvermögen.

Der Tag, an dem diesem unerträglich werdenden Stan-
gen und Bangen ein Ende gemacht werden sollte, der Tag
des Erscheinens eines wertbeständigen Geldes, ist durch
den Buchdruckerstreik um mindestens eine Woche
hinausgeschoben worden. Bevor er nicht herauf-
bricht, ist an eine Besserung nicht zu denken.

Die Rede, die Herr Stresemann in Halle gehalten hat,
ändert nichts an diesem Zustand. Sie bestätigt nur, daß
auch dem Kapitän des im dichten Nebel fahrenden Staats-
schiffes die Himmelsrichtung unbekannt ist,
nach der wir steuern, und daß auch er keinen Stern sieht,
nach dem er den Kurs einstellen kann. Ungelöst ist der
Zwischen dem Reich und Bayern ausgebrochene Konflikt;
ungelöst das Verhältnis der beiden Parteien, die sich in
Bayern feindlich gegenüberstehen und von denen doch jede
soviel Anhänger hat, daß die, die augenblicklich das Ruder
in der Hand hat, nicht völlig Herrin der Lage werden kann;
ungelöst ist vor allem die parlamentarische Lage.
Die Sozialdemokratie ist in ihrem hauptstädtischen Partei-
organ, der — außer der „Deutschen Zeitung“ — einzigen
in Berlin erscheinenden Zeitung, zu offener Agitation
gegen den Reichstagskanzler übergegangen. Sie läßt
alle Register ihrer Orgel im Entrüstungssturm über die
Latenlosigkeit der Reichsregierung gegenüber den bayeri-
schen „Verfassungsbrechern“ aufziehen. Auch die Demo-
kraten billigen nicht, daß man in Berlin dem Vorgehen des
Herrn v. Kahr so ruhig zusieht. Aber es weiß doch kein
Mitglied beider Parteien zu sagen, durch welche Mittel
das Reich sich gegen Bayern durchsetzen kann, ohne daß es
zu blutigem Bürgerkrieg kommt, ohne daß Reichswehr gegen
Reichswehr kämpft.

Das Haus des Sonderlings.

14] Kriminalroman von Erich Ebenfeld.

Der Untersuchungsrichter rief die Verschönerung auf
und untersuchte neugierig den Inhalt. Er bestand aus
Athenfäden und Photographien von Fingerabdrücken.
„Sonderbar“, murmelte er dann, „wo habe ich nur
diese Abdrücke kürzlich erst gesehen? Unerschlingma-
ner ... achtzehn Papillarlinien ...“ Er rief ein Fach-
seines Schreibstisches auf und nahm eine dort liegende
photographische Vergrößerung von Fingerabdrücken
heraus.

Im nächsten Augenblick raffte er alles zusammen,
verschloß es in ein besonderes Fach, und klingelte heftig.

„Tut, rufen Sie mir augenblicklich Inspektor Mol-
nar herauf, und telefonieren Sie dann an Detektiv
Kobler von der Geheimagentur.“

„Sehr wohl, Herr Untersuchungsrichter.“

10.

Am nächsten Tage ließ der Untersuchungsrichter
Dr. Herrlinger zu sich bitten.

Er teilte ihm in kurzen Worten das Verlangen
Frau Torwestens mit, die Villa Solitudo zu beziehen,
sobald ihre Vorstellungen im Olympion beendet sein
würden.

„Ich habe“, schloß er, „darüber die Meinung kom-
petenter Juristen eingeholt, die der Ansicht sind, daß
man dem Ansuchen der Dame zu willfahren hat. Es
unterliegt keinem Zweifel, daß sie vor dem Gesetz seine
rechtmäßige Frau ist und darum verlangen kann, in
dem Hause ihres Mannes zu wohnen. Ebe ich ihr in-
dessen diesen Bescheid zukommen lasse, wollte ich Ihnen,
Herr Doktor, davon Mitteilung machen.“

„Dies ist sehr loyal von Ihnen. Aber ich muß
sogar bemerken, daß ich gegen diesen Bescheid prote-
stiere! Auch ich bin Jurist, und als solcher durchaus
anderer Meinung. Es ist eine strittige Rechtsfrage, be-
ren Lösung schließlich nur von dem guten Glauben ab-
hängt, den man Frau Torwestens Behauptung von einer
erfolgten Ausöhnung entgegenbringt. Ich habe die-
sen Glauben nicht! Für mich unterliegt es keinem
Zweifel, daß Torwesten gar nicht daran denkt, je wie-

der mit dieser Frau zusammen zu leben. Meinung
steht also da gegen Meinung. Als Torwestens An-
walt bin ich verpflichtet, sein Eigentum gegen fremde
Angriffe zu schützen, und als einen solchen Angriff be-
trachte ich Frau Torwestens Verlangen.“

„Das heißt, Sie beabsichtigen, sich im Namen Ihres
Klienten dagegen zu wehren?“

„Unbedingt. Mit allen mir zur Verfügung stehen-
den gesetzlichen Mitteln.“

„Das würde die Angelegenheit nur verzögern. Ihr
Klient wird kaum je wieder Gelegenheit haben, seine
Villa zu bewohnen.“

„Möglich. Aber schon die Verzögerung ist für uns
Gewinn, denn inzwischen kann Torwesten selbst wieder
zum Vorzeichen kommen und alles erscheint vielleicht in
anderem Licht.“

Der Untersuchungsrichter lächelte.
„Hand aufs Herz, Herr Doktor — glauben Sie
dies selbst wirklich?“

„Ja! Ihre Beweise für diesen von ihm angeblich
begangenen Mord mögen juristisch noch so stark wie-
gen — ich bin nicht bloß Jurist, sondern auch Mensch
— auch Torwestens Freund! Ich bin von seiner Un-
schuld überzeugt und halte nach wie vor an der Mei-
nung fest, daß er sich durchaus nicht freiwillig ver-
borgern hält, sondern gezwungen festgehalten wird. Es
tut mir leid, Herr Untersuchungsrichter, daß wir da-
durch uns als Gegner gegenüberstellen, aber ich kann
es nicht ändern!“

„Nun, diese Gegnerschaft bezieht sich ja nur auf
Ansichten. Tatsächlich wollen wir doch beide dasselbe:
Torwesten auffinden. Und da wir einmal davon spre-
chen, möchte ich diesbezüglich gleich eine Frage an Sie
richten, Herr Doktor?“

„Welche?“

„Falls es der Gegenpartei — darunter verstehe
ich nämlich Sie, Elias Hempel und eventuell noch Fräulein
Siebert — gelänge, Torwestens Aufenthalt zu ent-
decken ... was würden Sie tun?“

„Ich verstehe Sie nicht ganz. Was sollten wir
tun? Die Tatsache an sich würde ja dann genügen!“

„Doch nicht! Aber ich will deutlicher sein. Wenn

ich Torwesten auffände, so würde ich ihn, falls er mir
nicht in der ersten Stunde absolute Beweise seiner Un-
schuld geben könnte, natürlich unter der Auflage des
Mordes vor die Geschworenen stellen. Daran würde
die eventuelle Behauptung, er sei mit Gewalt entführt
worden, nichts ändern. Denn erstens kann er den
Mord doch vorher begangen haben, zweitens kann es
ein Zwischen ihm und seinen Mitschuldnern verabredeter
Tat sein. Nun nehmen wir den umgekehrten Fall:
Sie finden ihn. Sie kennen meinen Verdacht, meine
Indizienbeweise, meine Absicht. Würden Sie da Tor-
westen nicht nachträglich zur Flucht raten oder ihn we-
nigstens vor mir verbergen?“

„Niemals! Das hieße ja an seiner Unschuld zweifeln!
Wir könnten in diesem Falle nur das gleiche
wünschen wie Sie, daß er vor die Geschworenen ge-
stellt würde — natürlich er und diejenigen, die Sie
seine „Mitschuldigen“ nennen — damit vor aller Welt
dargetan wird, wer schuldig ist und wer nicht!“

„Das genügt mir. Ich danke Ihnen, daß auch Sie
mit offenem Bist kämpfen. Da wir demselben Ziel
zustreben, liegt wirklich wenig daran, daß wir es auf
getrennten Wegen tun. Nun aber zur Angelegenheit der
Frau Torwesten! Daß Sie mir da Schwierigkeiten ma-
chen wollen ...“

„Darin kann ich Ihnen leider keinen anderen Be-
scheid geben“, unterbrach ihn Herrlinger sehr ent-
schieden.

Der Untersuchungsrichter trommelte mit den Fin-
gern auf einem Aktenbettel herum. Endlich sagte er
ebenfalls entschieden:

„Und dennoch muß es sein. Ich bitte Sie im In-
teresse der Untersuchung darum!“

„Im Interesse der ... Untersuchung?“

„Ja. Näher kann ich mich darüber nicht äußern ...
da wir ja Gegner sind!“ fügte er, sein Lächeln, hin-
zu. Nur andeuten will ich Ihnen einiges. Frau Tor-
westen ist mir zur Stunde noch ein völlig ungelöstes
Rätsel. Es liegt mir daran, sie erstens hier festzuhal-
ten, zweitens zu isolieren, drittens, ihr alles aus dem
Bege zu räumen, was sie hindern könnte, etwaige
Pläne weiter zu verfolgen. Sie verstehen mich?“

„Ich hoffe ...“

Die eigene Partei des Reichskanzlers faßt wohl Entschlüsse, die den bayerischen Verfassungsbruch verdammen, aber ist ebenso ratlos wie alle anderen, denn auch sie fragt, ob und wie denn der bayerische Putz entstanden ist. In gleicher Lage befindet sich das Zentrum. Die Deutschnationalen verlangen die Diktatur, und bis zu einem gewissen Grade haben die Ereignisse herbeigeführt, was sie wünschen. Deutschland wird in der Tat jetzt diktatorisch regiert, und zwar von einem General. Herr v. Seeckt hat sogar den Mut gehabt, in das heilige Recht der Sozialdemokratie einzugreifen, in das Recht des Streikens. Er hat, was seit Menschengedenken in Deutschland nicht vorgekommen ist, einen Streik verboten, nämlich den Streik in den Druckereien, in denen die Banknoten gedruckt werden, weil dieser Streik, wenn er andauert, den vollkommenen Zusammenbruch des Verkehrs, der Wirtschaft, der Industrie und des Handels herbeiführen muß. So berechtigt dieses Verbot ist, ist es doch den Betroffenen so rechtswidrig erschienen, daß sie es nicht ernst nehmen. Bis jetzt hat es jedenfalls keine Wirkung gehabt. Wenn aber die Maßregeln eines Diktators keine Wirkung haben, so dauert es nicht lange, bis auch der Diktator abgewirkt hat. Mit rücksichtsloser Strenge muß er seinem Verbot Geltung verschaffen, oder er verliert seine Diktatorbefugnis. Und so unklar, wie die Lage im Innern ist, die Lage nach außen. Die Sachverständigenkommission, die England beantragt und Amerika abgelehnt hat, ist gescheitert, das heißt eine unparteiische Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit soll nicht stattfinden, weil Frankreich es will, und zwar Frankreich allein. Vollkommen ist sich nun Herr Seeckt veranlaßt, nun seinerseits die Einberufung einer Sachverständigenkonferenz bei der Reparationskommission zu beantragen, um die deutsche Zahlungsfähigkeit zu prüfen. Ja, er will sogar Deutschland gestatten, diesen Sachverständigen ein Bild der deutschen Wirtschaftslage zu entwerfen. Denn er hält jetzt, nachdem neue Lieferungsverträge mit den Industrieländern des Ruhrgebietes abgeschlossen sind, den passiven Widerstand für beendet. Noch ist nicht bekannt, wie England und Italien sich zu diesem Vorschlag verhalten werden. Und so ist auch in dieser, die ganze Außenpolitik Europas jetzt beherrschenden Frage, die Lage so unklar wie nie. Und jetzt ist eine Klärung der Lage vor Mitte Dezember nicht möglich, weil nunmehr das englische Kabinett den Beschluß gefaßt hat, das Parlament aufzulösen und am 5. oder 6. Dezember Neuwahlen zu veranstalten und diesen Wahlen kein englischer Minister durch unwiderrufliche Entscheidungen in wichtigen Fragen vorzuziehen wird.

Wie wir uns jetzt den kürzesten und dunkelsten Wochen des Kalenderjahres nähern, so stehen wir mitten in den schicksalhaften Wochen des politischen Jahres, und vorläufig scheint unsere Nacht sternlos zu sein.

Man will die Deutschen hören.

In spätestens zehn Tagen.

Die neueste Entwicklung in der unaufhörlich hin und her gehenden Frage der Sachverständigenkonferenz über die deutsche Zahlungsfähigkeit zeigte sich in einer Sitzung der Reparationskommission in Paris. Dabei gab der Vorsitzende der französischen Delegation folgende Erklärung ab:

Die französische Delegation ersucht die Reparationskommission, so weit möglich, einen Tag festzusetzen, an dem die Deutschen über die in ihrer Note vom 24. Oktober gemachten Vorschläge gehört werden sollen, um die Durchführung des Artikels 234 des Versailler Vertrages zu sichern. Entsprechend den Bestimmungen ist die französische Delegation der Auffassung, daß es angemessen erscheint, nachdem die Deutschen gehört sein würden, ein Komitee von Sachverständigen einzuberufen, die den alliierten Ländern angehören. Das Komitee würde den Auftrag erhalten, die deutsche Zahlungsfähigkeit im gegenwärtigen Augenblick abzuschätzen und der Reparationskommission die Elemente für die Entscheidung zu liefern, durch die sie die deutschen Zahlungen für die Jahre 1924, 1925 und 1926 festsetzen soll.

"Gut. Dann werden wir uns wohl einigen. Unterlassen Sie alle Proteste. Ich verspreche Ihnen dafür, Torwestens Eigentum zu wahren. Das ist man ja schließlich auch einem... Mörder schuldig! Ich werde alle tragbaren Gegenstände von Wert in Torwestens Wohnzimmer, den Baderaum, die Garderobe u. d. d. Dienerkammer schaffen lassen und diese vier Räume im Interesse der Untersuchung versiegeln lassen. Dazu habe ich das Recht. Die anderen Räume mag Frau Torwesten dann nach Belieben benutzen. Sind Sie damit zufriedengestellt?"

"Ja. Vorausgesetzt, daß mit diesem Zugeständnis nicht etwa die endgültige Entscheidung getroffen wird, die Frau Torwesten etwa auch berechnen würde, als Gastin meines Klienten Gelder aus seinem Vermögen zu beheben. Dagegen würde ich unmissverständlich protestieren."

"Dieses Recht bleibt Ihnen unbenommen."
"Gut dann verhalte ich mich vorläufig abwartend."

* * *

Rast zur selben Stunde drückte Heidy Siebert dem Abtungen des Palace Hotels einen Strauß prachtvoller Rosen und eine Visitenkarte in die Hand.

"So, Karl, nun geh' und mach' deine Sache gut. Ich muß unbedingt empfangen werden. Aber vergiß nicht, daß du mich absolut nicht kennst! Wenn dich nachher hier im Hotel jemand fragen sollte, so sagst du den Namen, der hier auf der Karte steht. Hast du ihn gelesen?"

"Ja. Paula Remschmid."

"Gut. Merke ihn dir!"

Der Junge kletterte die Treppe hinauf. Heidy blinzelte ihm herzklopfend nach. Würde es gelingen? Wenn man sie abließ, war alles verloren...

Aber Karl kam schon nach wenigen Minuten wieder.

"Sie sollen nur hinaufkommen, Fräulein... Remschmid!" lächelte er verschmitzt. "Nr. 7. Sie brauchen bloß anzuklopfen."

Heidy ging langsam die Treppe hinauf. Auf ihr klopfen öffnete ihr eine ältliche Person mit verschwom-

Man erfährt noch, daß diese Vernehmung in spätestens zehn Tagen erfolgen wird und ferner, daß die Vertreter des Reiches nicht nur Erklärungen über die Note vom 24. Oktober betreffend die Nachprüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit abgegeben haben, sondern sich auch über die Note vom 3. 11., in der die Reichsregierung sich zur Finanzierung der Naturalleistungen außerstand erklärt, zu äußern haben werden. Der englische Vertreter stimmte dem französischen Vorschlag auf Anhörung der Deutschen trotz einzelner lediglich technischer Bedenken zu, ebenso die anderen Kommissionsmitglieder.

Um Dr. Stresemann.

Berlin, 14. November.

Die von dem Austritt der sozialdemokratischen Minister aus dem Reichskabinett datierende zweite Kabinettsnotiz Dr. Stresemanns hat bisher die äußersten Schranken der Belastungsproben ausgehalten. Ob sie es auf die Dauer tun kann? Gerade in den letzten Tagen ist die Diskussion darüber wieder recht laut geworden. Heute berichtet der Vorwärts unter dem Titel "Stresemann und der Reichstag" in einem Leitartikel die schwebenden Fragen und fordert kurz und bündig: "Stresemann muß vor dem Reichstag."

Das sozialdemokratische Zentralorgan ist der Meinung, die rechts von den Sozialdemokraten stehenden Parteien, Deutschnationale, Volksparteier, Zentrum, Demokraten, Bayerische Volkspartei und die kleineren Gruppen wollten jede etwas anderes, sie seien nicht imstande, eine Regierung der Mitte zu stellen, die von der Sozialdemokratie toleriert werden könne.

Die Regierung Stresemann in ihrer jetzigen Zusammensetzung sei eine solche Regierung nicht. Sie wolle einmal eine Regierung der Großen Koalition sein. Jetzt sei sie überhaupt nicht mehr die Regierung einer parlamentarischen Koalition. Stresemann stehe heute vor der Frage, ob er noch eine Weile von den Deutschnationalen gebildet werde, oder ob er zurücktreten muß, weil er selbst eine notdürftig geflickte Mehrheit nicht finden könne.

Der Vorwärts warnt vor dem Ausweg einer Reichstagsauflösung. Die Sozialdemokratie habe sich niemals gezwungen, den festen Kern für die Bildung einer verfassungsmäßigen Regierung abzugeben, sie habe sich nur gezwungen, in einer rechtsgerichteten Regierung fünftes Rad am Wagen zu sein und eine Politik mitzuverantworten, die ihren Überzeugungen geradezu entgegengesetzt ist. Jetzt sei die Endfrage nach der zukünftigen Regierungsmöglichkeit endgültig gestellt, der Fall Stresemann sei nur ein Zwischenfall.

Da Dr. Stresemann außer den Sozialdemokraten die Deutschnationalen und andere feindliche Kräfte im Reichstag gegen sich haben würde, dürfte er bei dem Versuch, sich zu behaupten, einen schwierigen Stand haben.

Unveränderter Ausnahmezustand in Bayern.

Beschluß des Ministerrats.

Die bayerische Regierung scheint nicht gekommen zu sein, ihre Landesbefehlsgewalt durch die vollziehende Gewalt im Reich beeinflussen zu lassen, denn vom bayerischen Ministerrat wurde folgender Beschluß gefaßt:

Der Putschversuch vom 9. November hätte, wenn es nicht gelungen wäre, ihn niederzuschlagen, Volk und Stadt, Reich und Bayern ins Unglück gestürzt. Die Staatsregierung beklagt die Opfer dieser Wahnsinnstat. Die Reichsregierung hat am 9. November die vollziehende Gewalt und alle militärische Gewalt auf General v. Seeckt vereinigt. Die besonderen Verhältnisse in Bayern erfordern, daß der bayerische Ausnahmezustand unverändert fortbesteht und die gesamte vollziehende Gewalt in einer Hand zusammengefaßt bleibt.

Die bayerische Staatsregierung forderte die gesamte Bevölkerung auf, in der Verwirrung dieser Lage das Staatswohl über alles zu stellen und die Staatsregierung mit dem Generallandkommissar in der Festigung der Staatsordnung und der Rettung des nationalen Gedankens zum besten des deutschen und bayerischen Vaterlandes zu unterstützen.

Beisehung der Gefallenen.

Die Opfer des Zusammenstoßes der Hitlergardisten mit der Reichswehr vor der Residenz wurden auf verschiedenen Friedhöfen beerdigt. Eine gemeinsame Beerdigung hatten die Behörden nicht anstellen. Es waren umfassende Sicher-

menen Zügen und unklarem Bild.

"Ich spreche nur englisch," sagte sie in englischer Sprache.

"Das tut nichts," antwortete Heidy in derselben Sprache, "auch ich spreche englisch. Kann ich Mlle. Abisane sehen?"

"Ja. Man erwartet Sie." Die Kammerfrau öffnete die Tür des ankommenden Gemaches, wo die schöne Abisane vor einem Schrank stand, in dessen Inhalt sie ziemlich rücksichtslos kramte. Alles lag dort wie Kraut und Rüben durcheinander: Wäschestücke, Briefe, Schmutz, selbstene Schals, Spitzen, Schuhwerk usw. Auch sonst sah es im Gemach sehr unordentlich aus. Obwohl es bereits fast Mittag war, stand das Frühstücksgeschirr noch auf einem Tischchen, und auf allen Möbeln lagen Gebrauchsstücke herum. Mitten im Zimmer standen zwei große halbgelackte Koffer.

Heidy erschrak. Die Abisane wollte doch nicht etwa abreisen?

Bei ihrem Eintritt hatte die Tänzerin den Schrank geschlossen und sich rasch umgewandt. Ihre blauen Augen überflogen tzierend die Gestalt des jungen Mädchens. Dann lächelte sie freundlich.

"Sie haben mir gestern einen so netten Brief geschrieben, Fräulein Remschmid, daß ich dem Münche, Sie persönlich kennen zu lernen, nicht widerstehen konnte. Auch sprachen Sie darin von einer Bitte... aber wir wollen ins Nebenzimmer gehen. Hier steht es gränlich aus. Sie müssen entschuldigen, daß Jane Sie da herein führte."

"O, bitte. Aber ich sehe — Koffer hier? Fräulein wollen doch nicht schon Wien verlassen?"

"Ich weiß es noch nicht. Es hängt von einer Botenschaft ab, die ich künblich erwarre. Warum machen Sie denn ein so enttäuschtes Gesichtchen dabei? Läte es Ihnen leid?"

"Sehr! Denn dann könnten Sie ja meine Bitte nicht erfüllen! Und ich wäre so sehr glücklich, wenn Sie es täten!"

Die Tänzerin ließ sich lachend auf ein Sofa nieder und zog Heidy neben sich auf die Polster.

(Fortsetzung folgt)

heitsmaßnahmen getroffen worden. Der Stadtrat veranfaßte eine Teilnahmeuntersuchung für die Opfer des Zusammenstoßes, bei der Bürgermeister Schmid dem Mitgefühl des Stadtrates für die Familien der Gefallenen Ausdruck gab.

Der Dienstag verlief in München fast ohne Demonstrationen. Bei einem Zusammenstoß von Studenten mit der Reichswehr vor der Universität wurde u. a. der berühmte Chirurg Geheimrat Professor Sauerbruch durch einen Kolbenhieb am Hinterkopf verletzt. Er mußte sich ins Krankenhaus begeben. Die Infanterieschule Münchens wurde auf Befehl von Berlin geschlossen. Am 11. wird in München der Auffassung entgegengetreten, daß General Ludendorff am 9. November noch am Mittag nichts davon gewußt habe, daß Kahr, Lossow und Seiser mit Reichswehr und Landespolizei gegen den Hitlerputsch standen. General Ludendorff und Stiller hätten am 9. November vormittags 5 Uhr durch einen Obersten der Reichswehr Kenntnis erhalten, daß die Fortsetzung ihres Tuns zum Zusammenstoß mit der bewaffneten Macht führen müsse. Der Fliegerhauptmann Göhring, der Führer der nationalsozialistischen Sturmtruppe, ist bei dem Versuch, die Tiroler Grenze zu überschreiten, festgenommen und mit Rücksicht auf seine Verletzung in das Krankenhaus Garnisch gebracht worden.

Die verbreiteten Gerüchte, daß die Standgerichte bereits in Tätigkeit gesetzt und verschiedene Todesurteile gefällt worden seien und Hitler bereits zum Tode verurteilt und erschossen worden sei, sind erfinden. Bis jetzt ist überhaupt noch kein Standgericht zusammengetreten.

Verbilligung von Brot und Milch in Bayern durch das Reich.

33415 Millionen Mark wurden vom Reich dem bayerischen Landwirtschaftsministerium zur Verbilligung von Brot und Milch für die minderbemittelte Bevölkerung und linderreiche Familien zur Verfügung gestellt. Zwei Kurieren der bayerischen Gefandtschaft brachten heute diese Gelder in wertbeständiger Dollarschuldscheinanleihe hierher. Die Verteilung an die Städte und Gemeinden wird sofort erfolgen.

Die Erhöhung der Verbrauchssteuern.

Vom 16. November ab.

Die von der Reichsregierung am 27. Oktober erlassene Verordnung über Verbrauchssteuern bringt eine Erhöhung der Steuern für Zucker, Salz und Zündwaren sowie die Festsetzung der Spielkartensteuer in Gold. Die Verordnung tritt am 16. d. M. in Kraft. Nach dieser Verordnung wird die Zuckersteuer 35 % des Herstellerpreises für Verbrauchszucker ab Magdeburg betragen und vom Reichsminister der Finanzen im Gold festzusetzen sein. Bei dem gegenwärtigen Preise von 42 Goldmark für den Doppelzentner wäre sie auf 14,70 Mark in Gold festzusetzen. Die Salzsteuer wird 45 % des Großhandelspreises für gewöhnliches Speisesalz betragen und ebenfalls in Gold zahlbar sein. Sie wird bei einem Goldpreise von 1,64 Mark für den Doppelzentner auf etwa 0,74 Goldmark festzusetzen sein. Die Zündwarensteuer wird künftig 60 % des Steuerwertes betragen. Bei dem gegenwärtigen Preise von 165 Goldmark für eine Normalpackung ergibt sich danach eine Steuer von rund 1 Goldpfennig für die Schachtel. Die Spielkartensteuer ist in der Verordnung auf 30 Goldpfennig für das Spiel festgesetzt worden und entspricht somit dem Vorkriegsspielwert.

Goldhöchstpreise für Lebensmittel.

Gegen übermäßige Gewinne.

Der Reichswirtschaftsminister Roeth äußerte sich in einer Besprechung mit Gewerkschaftsvertretern über die Frage der Goldhöchstpreise für lebensnotwendige Bedarfsartikel. Er meinte, daß die Einführung derartiger Goldhöchstpreise in der kurzen Übergangszeit kaum möglich sei. Die Preisprüfstelle sei aber erneut darauf hingewiesen worden, ihre besondere Aufmerksamkeit auf die neueste Goldpreisentwicklung zu richten. Sobald größere Mengen von wertbeständigen Zahlungsmitteln in den Verkehr gebracht seien, was nach dem 15. November mit Einführung der Rentenmark der Fall sei, würden die Reichs- und Landesregierungen in schärfster Weise gegen die Erzeuger und Händler vorgehen, die zu den ordnungsmäßig kalkulierten Goldpreisen noch besondere Risiko- und Gewinnzuschläge machten. Solche Geschäftsinhaber würden in Zukunft mit Gefängnis evtl. mit Zuchthaus, Beschlagnahme und Konzeptionsentziehung bestraft werden.

Politische Rundschau.

* Die Reichsregierung läßt energisch erklären, daß für sie jede Diskussion über die Errichtung eines autonomen Rheinlandes ausgeschlossen ist.

* Die Separatisten fliehen im Rheinland andauernd sog. Notgeld her und suchen es in den Verkehr zu bringen.

* Wahrscheinlich wird die Zusammenberufung des Deutschen Reichstages Anfang nächster Woche erfolgen.

* In der Pariser Vorkriegskonferenz wurde der französische Vorschlag angenommen, deutsche Vertreter in spätestens zehn Tagen zu hören.

* Der englische Premierminister kündigt die Auflösung des Parlaments für den 16. November und die Neuwahlen für den 6. Dezember an.

Verzwanzigfächung der schwebenden Schuld.

Berlin, 14. November. Der Stand unserer schwebenden Schuld hat sich, wie jetzt festgestellt, am 20. v. M. gegenüber dem Stand vom 10. 10. verzwanzigfacht. Die Steigerung ist u. a. auf das Emporschnellen des Dollars zurückzuführen.

Verhaftung eines Separatisten durch Franzosen.

Kreuznach, 14. November. Der bisherige separatistische Ortskommandant Widert ist von der französischen Besatzungsbehörde verhaftet worden, weil er in der Presse behauptete, die Franzosen hätten sich in seine "Regierungsgeschäfte" eingemischt.

Blinderungen in Düsseldorf.

Düsseldorf, 14. November. Im Anschluß an die ArbeitslosenDemonstrationen kam es zu Blinderungsversuchen in der Lindemann- und Graf-Rede-Straße. Die anrückende Polizei wurde mit Steinwürfen empfangen, zwei Beamte wurden durch Steinwürfe, ein dritter durch einen Schuß verletzt. Die Polizei machte von der Waffe Gebrauch, ein Arbeitsloser wurde getötet. Auch im südlichen Stadtteil kam es zu Ansammlungen und Tumulten, an einigen Stellen auch zu Schießereien.

Gegen Separatisten und Putschisten.

Münster, 14. November. Auf einer hier stattgefundenen Sitzung des Westfälischen Provinziallandtages wurde eine

Entscheidung angenommen, die das Treiben der Separatisten verurteilt und dann fortfährt: „Wir verurteilen aufs schärfste die hochverräterischen Pläne der bayerischen Putschisten, deren Verwirklichung unrettbar den Bürgerkrieg heraufbeschwören, den Zerfall des Deutschen Reiches herbeiführen und das ganze deutsche Volk in namenloses Elend stürzen würde. Wir fordern von der Reichsregierung, daß sie mit aller Schärfe des Gesetzes gegen Hochverräter vorgeht. Hierbei muß auf alle Fälle der Anschein vermieden werden, daß einzelne Länder und Bevölkerungskreise mit ungleichem Maße gemessen werden.“ Für diese Entscheidung stimmten alle Abgeordneten einschließlich der Deutschen Nationalen.

Unrichtige Angaben zum Eisenbahnvertrag.

Die Meldungen aus Düsseldorf über die Verhandlungen zwischen der französisch-belgischen Eisenbahnregie und Vertretern des Reichsverkehrsministeriums waren teils ungenau, teils falsch. Die Frage der deutschen Eisenbahnen in der englischen Zone ist bei den Verhandlungen mit keinem Wort erwähnt worden. Die angebliche Unterstellung der Reichsbahndirektion A. L. unter die Eisenbahnregie ist erfunden. Es wurde lediglich ein Abkommen zwischen den deutschen und französischen Stellen getroffen, das durch weitere Verhandlungen in Mainz erst auszubilden ist.

Belgischer Protest gegen die Kronprinzenerreise.

Einer über London aus Brüssel kommenden Meldung zufolge hat die belgische Regierung beschloffen, die Ausweisung des ehemaligen deutschen Kronprinzen aus Deutschland und seine Unterbringung in einem entfernten neutralen Lande zu fordern. Der frühere Kronprinz befindet sich auf seiner Besitzung in Oels in Schlesien.

Billigere Tarife in der ersten und zweiten Bahnklasse.

Am 1. Dezember werden die Einheitspreise für die zweite und erste Wagenklasse im Reichsbahnverkehr von 9,9 und 19,8 Pfennigen auf 6,6 und 13,2 Pfennige für das Kilometer herabgesetzt. In gleicher Weise werden auch die Schnellzugzuschläge in der zweiten und ersten Klasse ermäßigt. Das Spannungsverhältnis der einzelnen Klassen, das heute 1:1½:4,8:9,7 beträgt, wird damit 1:1½:3:6. — Vom 20. November dieses Jahres ab wird der Gepäcktarif der Reichsbahn dahin ermäßigt, daß er nach dem um 30 % erhöhten Gültigkeit berechnet wird. Als Mindestfracht werden 20 Pfennige erhoben. Das Mindestgewicht von 10 Kilogramm bleibt bestehen.

Geldendmachung von Versorgungsansprüchen.

Jeder Versorgungsberechtigte, auch jeder Hinterbliebene, der nicht im Reichs- oder in einem sonstigen öffentlichen Dienst verwendet wird und neben seinen Versorgungsansprüchen ein weiteres steuerbares Einkommen bezieht, ist bei Verlust seiner Versorgungsbezüge verpflichtet, der Behörde oder der zahlenden Kasse bis Ende November d. J. die Höhe des Einkommens anzuzeigen. Der Reichsfinanzminister hat die Anzeigepflicht auf diejenigen beschränkt, deren steuerbares Einkommen nach Abzug der Versorgungsbezüge für einen Monat im Oktober 1923 den Betrag von 400 Millionen Mark überschritten hat, ein Betrag, der sich nach dem Stande der ersten Novemberwoche auf 7 Billionen Mark monatlich erhöht.

Stilllegung der preussischen Staatszechen.

Der preussische Handelsminister hat sich veranlaßt gesehen, die Stilllegung sämtlicher Staatszechen zu verfügen. Auch diese Maßregel ist eine Folge davon, daß die Verhandlungen mit der Besatzung noch immer zu keinem Ergebnis geführt haben und das Reich auch dem preussischen Staatsbankrott gegenüber die Zahlung weiterer Unterstützungsgelder ablehnt. Die Staatszechen werden nur noch Notstandarbeiten verrichten. Die gesamten Belegschaften der stillgelegten Schachtanlagen sind der Arbeitslosenfürsorge überwiesen worden.

Wilson klagt Poincaré an. Der beinahe vergessene frühere Präsident der Vereinigten Staaten Woodrow Wilson hat dieser Tage eine ausserordentliche Rede gehalten. Er schilderte darin die unheilvollen Folgen des Fernbleibens Amerikas von den europäischen Angelegenheiten, trat für ein erneutes Eingreifen in die Politik des alten Kontinents ein und sagte dabei u. a.: Die Lage in Europa verschlechtert sich von Tag zu Tag, und als wollten sie den Ereignissen, die sich abspielen, die Krone aufsetzen, sind Frankreich und Belgien dahin gekommen, den Versailler Vertrag als Felsen Papier zu betrachten. Damit hat Wilson befunden, daß er die Anstrengung als Verletzung des Versailler Vertrages betrachte.

Essen. Die französische Besatzungsbehörde hat in der Druckerei von W. Girardet in Essen 5000 Millionen und auf der Reichsbankstelle Düsseldorf 18000 Billionen Mark fortnehmen lassen.

Wien. Der neu gewählte Gemeinderat hat den Gemeinderat Seid, den früheren Präsidenten des Nationalrats, mit allen Stimmen der Sozialdemokraten zum Bürgermeister der Stadt Wien gewählt.

Juniatend. Der Landtag beschloß einstimmig, 100 Millionen Kronen zur Verringerung der Notlage in Deutschland zu spenden und eine Sammlung im ganzen Lande zu veranstalten.

London. Baldwin sagte im Unterhause, er habe dem König angetragen, das Parlament zum frühesten möglichen Zeitpunkt aufzulösen.

London. Die Einigung innerhalb der liberalen Partei ist nunmehr Tatsache. Die Führer der beiden Flügelgruppen, Lloyd George und Asquith, treten zu näheren Verhandlungen zusammen.

Aus Laasphe und Umgegend.

— Man schreibt uns: Auf Anregung des Herrn Landrats und sonstiger Stellen hatte sich wegen der steuerlichen Behandlung der kleinen landwirtschaftlichen Betriebe des Kreises der Reichstagsabgeordnete Wumm an den Reichsminister der Finanzen gewandt. Dieser hat unter dem 18. 10. an den Genannten die Mitteilung ergeben lassen, daß er durch Ausverleihung an die Landesfinanzämter vom 10. 9. und 29. 9. 1923 angeordnet habe, kleine landwirtschaftliche Betriebe mit 60 und 600 Schanung zu behandeln. In den Fällen, in denen es sich nur um eine selbständige Ackerwirtschaft handle, d. h. die Erzeugnisse der Wirtschaft selbst dem Unterhalt der eigenen Familie diene, würde zur Vermeidung besonderer Härten — auch hier nach Prüfung der Verhältnisse des einzelnen Falles — durch geeignete Herabsetzung der Abgabe zu helfen sein. Bei der jetzt notwendigen Ermittlung des Wertbeitrags der kleineren unterverkauften gebliebenen Grundstücke können als Anhalt nur solche Grund-

stücke dienen, die bei der Wertbeitrags-Veranlagung mit dem Ertragswert bewertet worden sind und dem jetzt zu bewertenden Grundstück nach Lage, Bodenbeschaffenheit und Größe am nächsten kommen. Der Herr Reichsminister der Finanzen hat nach dem vorerwähnten Erlass das Landesfinanzamt Münster hierauf nochmals besonders hingewiesen. — Der Landw. Kreisverein hat sich ebenfalls in längeren eingehend begründeten Eingaben an die zuständigen Stellen gewandt, der Erfolg muß abgewartet werden.

Laasphe, 16. November. Im Hinblick auf die in letzter Zeit vielfach vorgekommenen Ausschreitungen in Städten und auch auf dem Lande ist im hiesigen Orte die Frage aufgetaucht, ob hier genügend polizeilicher Schutz vorhanden ist, um derartige Vorkommnisse zu verhindern bzw. dagegen einzuschreiten. Es ist eine sehr bedauerliche Tatsache, daß die Hauptkräfte bei Plünderungen und Diebstählen die heutige Jugend ist, die ohne Zucht und Ordnung aufgewachsen und keine Achtung vor dem Gesetz und vor dem Alter hat. Sie wird von solchen Elementen verleitet und geführt, die schon vorher in keinem guten Rufe standen, die aber, wenn die Sache schief geht, sich rechtzeitig aus dem Staube machen. Durch Plünderungen und Zerstörungen wird aber für die Allgemeinheit nichts erreicht, im Gegenteil, sie schädigen den Einzelnen und bringen den Tätern nur vorübergehenden Vorteil und Aussicht auf Gefängnis- und Zuchthausstrafen. In Laasphe ist es zum Glück bisher zu derartigen Ausschreitungen nicht gekommen. Die einzelnen Demonstrationen sind bis jetzt ruhig verlaufen. Immerhin muß damit gerechnet werden, daß es auch hier einmal anders werden kann. Für derartige Vorkommnisse muß rechtzeitig genügend Schutz zur Verfügung stehen. Man hat dafür die einzelnen Vereine im Auge und zwar in erster Linie die Feuerwehr, dann aber auch die Mitglieder des Kriegervereins und des Turnvereins. Auch würden sich aus anderen Vereinen und Kreisen genügend ordnungsliebende Männer bereit finden, im Notfall tätig mit einzugreifen. Es würde sich nur um eine vorübergehende Beschäftigung und um die Bekanntgabe eines bestimmten Signals handeln. Hoffentlich geben diese Zeilen die nötige Anregung dazu.

Laasphe, 16. Novbr. (Sturm und Regen.) Der überaus starke Sturmwind in vergangener Nacht hat dem Sägewerk L. Koch u. Sohn großen Schaden zugefügt. Die unterhalb des Bahnhofs im Neubau befindliche große Werkhalle bot, da sie noch ungedeckt war, mit ihren riesigen Dachbalken dem Sturmwinde eine zu große Angriffsfläche und stürzte, da sie noch nicht fertig aufmontiert und unversichert war, zusammen. — Denn die Elemente hoffen das Gebild von Menschenhand...

Laasphe, 16. Novbr. (Personalie.) Wie wir hören, hat Herr Oberpostdirektor Langenbach die Verwaltungsprüfung für den Postdienst bei der Oberpostdirektion in Frankfurt a. M. abgelegt.

— Der Goldumrechnungssatz für die Reichssteuer beträgt 600 Milliarden Papiermark für je 1 Gold- oder Rentenmark.

— Die Postverwaltung will den Bewohnern von Einzelunterlassungen (Einzelhäusern), denen die Postleistungen nicht an jedem Werktage zugestellt werden, die Möglichkeit schaffen, sich täglich in den Besitz ihrer Briefe und Zeitungen zu setzen. Zu diesem Zweck soll den beteiligten Bewohnern die Anbringung von Briefkästen, in die die Briefträger die Sendungen an den Tagen ohne Zustellung einzulegen haben, an geeigneten Punkten freigelegt werden. Diese Briefkästen wären am besten Hause einer Ortschaft, oder an derjenigen Stelle eines vom Land zu Fuß täglich zu begehenden Hauptweges anzubringen, wo der Weg zur Einzelunterlassung abweist (am besten eines Wegweisers, an einem vorhandenen Baum oder an einem besonders auffallenden Pfosten). Sie können in einfacher Weise von den Bewohnern selbst hergestellt werden, müssen aber, da sie im Freien aufgestellt werden, fest gebaut und zum Schutz gegen Regen mit einem kleinen Dach versehen und durch Einsteck- oder Vorhängeschloß verschließbar sein. Ein Doppelschloß muß dem Landbriefträger übergeben werden. Nähere Auskunft an die Bewohner von Einzelunterlassungen erteilen die Postämter.

— Vom Finanzamt wird uns geschrieben: Laut Erlass des Herrn Reichsministers der Finanzen vom 20. Oktober 1923 sind sogenannte Abkömmlinge, Uebergangsgebühren und Abfindungen vom Steuerabzug befreit. Kurzarbeitnehmerleistungen sind als solche ebenfalls steuerfrei. Sämtliche Steuerabzugsbeträge sind auf volle Million Mark nach unten abzurunden. In Betrieben mit Vorabfindungssystem ist dies besonders bei den einzahlenden Ueberweisungsblättern, Nachweisungen und Aufweisen zu beobachten. — Vom 1. 1. 24 ab wird voraussichtlich das Abschlagszahlungssystem allgemein eingeführt werden. Für die Abschlagszahlungen werden einheitliche Fristen festgelegt, bei deren Nichtbezahlung Verzugszuschläge zu berechnen sind. Betriebe, die das Marktsystem bisher noch beibehalten haben, können in nächster Zeit Steuermarken im Werte bis 100 Millionen Mark bei den Postämtern erhalten. Höhere Werte bis zu 10 Milliarden befinden sich in Vorbereitung.

— Die Verhältniszahl für die Ermäßigungen beim Steuerabzug beträgt ab 1. November 300 000. Abrundung der einzubehaltenden Beträge auf volle Milliarden nach unten.

— Vorzeitige Steuerzahlungen. Einzelne Steuerpflichtige haben zum 25. August 1923 gleichzeitig mit der ersten Rate der Rhein-Ruhrabgabe eine Zahlung auf die am 5. Oktober 1923 fällig gewesene zweite Rate der Rhein-Ruhrabgabe geleistet. Es sind Zweifel darüber entstanden, ob eine solche vorzeitig geleistete Zahlung nur zu ihrem Papiermarkbetrag oder in Höhe ihres Geldwertes auf die zweite Rate der Rhein-Ruhrabgabe angerechnet ist. Diese Frage ist im letzten Sinne zu beantworten. Nach den 2. Ausführungsbestimmungen zur Aufwertungsverordnung, die der Reichsminister der Finanzen am 27. Oktober 1923 erlassen hat (veröffentlicht in Nr. 109 des Reichsgesetzblatts Teil I), werden Steuerzahlungen, die früher als eine Woche vor Entstehung der Steuerschuld geleistet werden, in Höhe ihres Geldwertes auf die Steuerzuschuld angerechnet.

— Der Ankauf von Reichssilbermünzen durch die Reichsbankankasse erfolgt zum 150 Milliardenfachen Betrag des Nennwerts.

Gründebred, 16. Nov. Einen schönen Beweis von Kameradschaftlichkeit lieferten einige jüngere Arbeiter der hiesigen Holzwarenfabrik und Mählmühle. Die Firma war auch genötigt, infolge mangelnder Aufträge den Betrieb einzuschränken oder einigen Arbeitern zu kündigen. Um die älteren und verheirateten Arbeiter weiter voll beschäftigen zu können, machte die Firma den jüngeren Arbeitern den Vorschlag, solange die Arbeit ausreicht, bis wieder genügend Beschäftigung vorhanden sei. Die Betroffenen gingen auf den Vorschlag ein, jedoch alles friedlich geregelt wurde. Hoffentlich können die jungen Leute recht bald wieder ihre Beschäftigung aufnehmen. Diefelbe Einigkeit bewiesen diese Leute auch bei der Verteilung von Brot. So liegen auch in diesem Falle den älteren und verheirateten Kameraden den Hauptanteil zukommen.

Gründebred, 16. November. Die Firma Heinrich Radenbach hier ist überwiegen dem Herrn Gemeindevorsteher Weyandt zwei Waggons Brennholz zur Verteilung an die Bedürftigen. Die Firma als solche, aber auch die Inhaber derselben, tun im Stillen außerordentlich viel für die Notleidenden in hiesiger Gemeinde. Von

der Großzügigkeit der Inhaber hat unsere Gemeinde schon manches Beispiel zu verzeichnen. Nicht nur die schönen Bauten, die eine Zierde für den Ort sind, sondern auch die Bauten für ihre Angehörigen und Arbeiter haben einer großen Anzahl Handwerker und Arbeitern lohnenden Verdienst auf Jahre hinaus gebracht und schon wieder hat die Firma die Absicht, ein Zweifamilienhaus zu bauen, um der noch immer vorherrschenden Wohnungsnot ein Ende zu machen. Es gibt wenige, die in solch großzügiger Weise für ihre Mitmenschen besorgt sind. Das müssen die verdienstlichen Kapitalgeber zugeben. Ohne Kapital gäbe es keine Arbeit und es dürfte sehr fraglich sein, ob die Kapitalgeber so handeln würden, wenn sie selbst Kapitalisten wären. Beispiele sind genug vorhanden.

Geänderte Zahlung der Fernsprechgeldern und gestundeten Telegraphengebühren.

Die Reichspostverwaltung hat die Fernsprechgeldern bisher nachträglich erhoben und die Telegraphengebühren auf Antrag oder bei der Aufstellung durch Fernsprecher bis zum Ablauf des Monats gestundet. Bei der sprunghaften Geldentwertung sind ihr dadurch erhebliche Verluste entstanden. Das Einziehungsverfahren wird daher für die vom 1. November an entstehenden Fernsprechgeldern und gestundeten Telegraphengebühren folgendermaßen geändert:

1. Die Gebühren werden auf den Belegen (Gebührenzetteln) in Grundbeträgen aufgeschrieben.

2. Umgerechnet in Papiermark wird nach der Schlußzahl, die am Tage der Zahlung gilt.

3. Um den Teilnehmern bei dem neuen Zahlungsverfahren die Möglichkeit zu geben, die Folgen der Geldentwertung von sich abzuwenden, werden Abschlagszahlungen bis zur Höhe der im laufenden Monat fällig werdenden Gebühren entgegengenommen und dem Teilnehmer wertbehaftet aufgeschrieben. Sobald die aufgeschriebenen Gebühren einen Grundbetrag von 10 Mark erreicht haben, erhält der Teilnehmer eine Zahlungsaufforderung. In diesem Falle muß die Schuld sofort beglichen werden. Ist der Betrag nicht binnen einer Woche nach Ablegung der Aufforderung eingegangen, so wird der Anschluß ohne weitere Mahnung gesperrt. Die Sperrkosten 5 Mark (Grundbetrag).

4. Der Teilnehmer kann den Betrag entrichten: entweder durch Barzahlung am Schalter einer Postanstalt am Orte seiner Vermittlungsstelle oder einer sonst dafür zugelassenen Postanstalt, ferner — bei Teilnehmern im Landpostbezirk — durch Uebernahme des Betrags an den Landposthalter zur Abfertigung bei seiner Postanstalt; oder durch Ueberweisung auf das Postcheckkonto der Vermittlungsstelle. Als Tag der Zahlung gilt im letzteren Falle der Tag der Barschrift. Das Verfahren, wonach die Fernsprechgeldern ohne jedwede Veranlassung des Teilnehmers von seinem Postcheckkonto abgebucht werden, wird aufgehoben.

5. Bei Postüberweisung muß der Teilnehmer auf dem Abschnitte unbedingt Amt und Nummer seines Anschlusses angeben. Unterläßt er dies, so hat er keinen Anspruch auf rechtzeitige Anrechnung des Betrags auf seine Gebührenschuld.

6. Nach Monatschluß erhält der Teilnehmer Abrechnung. Restguthaben oder Restschuld wird auf den nächsten Monat übertragen. Die Belege werden dem Teilnehmer zusammen mit der Abrechnung als gewöhnlicher Brief zugestellt. In derselben Weise wird im Laufe des Monats mit Teilnehmern abgerechnet, die einen lebhaften Sprachverkehr unterhalten.

7. Die am 1. November im voraus erhobenen Gebühren für die Mindestzahl an Ortsgesprächen sind nach der am 1. November geltenden Schlußzahl berechnet worden.

Vermischtes.

— Höchst, 15. Novbr. (Der gelbe Devisenonkel.) Als neulich die Jagd auf Devisen im tollsten Schwunge war und namentlich vor dem Geschäftsfaktor der „Mitteldeutschen Kreditbank“ sich regelmäßig ein großer Haufen unternehmungslustiger Spekulant zu einer lokalen Devisenbörse und freiem Handel einfand, kam ein Herr auf die Bank zugestiegen, dessen ältliche Gestalt und gelbliche Gesichtsfarbe den Gedanken nahelegte, er sei einer der ostasiatischen Kolonialisten, die hier in der heimischen Industrie des öfteren beschäftigt sind. Sofort nahm ihn einer der valutarundigen Herren bei Seite, legte ihm vertraulich die Hand auf die Schulter und sagte mit pfiffigem Augenblinzeln: „Erlauben Sie, Sie haben chinesische Devisen?“ — „Ach was“, entgegnete der vermeintliche Chinamann im schönsten heimischen Dialekt, — „ich hab' die Selbstsucht, — bodenlos seh' ich so aus!“

— Eine gute Referenz. Ein Kaufmann A. hatte sich kürzlich um die Vertretung einer bekannten Fabrik der Lebensmittelbranche beworben und als „Referenz“ den Staatsanwalt seines Wohnortes angegeben. Die Fabrik fragte bei diesem auch an, und es kam die Antwort: „Leider kann ich Ihnen mit Auskunft nicht dienen, da ich Herrn Kaufmann A. nicht kenne. Hochachtungsvoll B., Staatsanwalt.“ Die Fabrik nahm dies als gutes Zeugnis, und Kaufmann A. bekam die Vertretung.

— Die Deutschlandmüden. Der Zirkusdirektor Hans Stojch-Sarrafani gab kürzlich bekannt, daß er auf ein Jahr mit seinem Unternehmen Europa verlassen werde, um in den Großstädten Südamerikas zu gastieren. Infolgedessen liefen innerhalb vier Wochen im Büro der Sarrafanis rund 60 000 Bewerbungsverfahren zur Mitnahme nach Südamerika ein. Tausende von Menschen melieten sich noch persönlich in den Städten, in denen die Sarrafanis aufzugetreten.

— Schneefall auf dem Thüringer Walde. Auf den Höhen des Thüringer Waldes ist seit einigen Tagen Schneefall eingetreten. Der Schnee liegt, einer Meldung aus Jena zufolge, schon einige Zentimeter hoch.

— Razzia auf Devisenschieber. Die Polizei in Duisburg ging dieser Tage dem wilden Devisenhandel, der sich immer ungenierter breitmachte, energisch zu Leibe. Zahlreiche Personen wurden festgenommen; man beschlagnahmte bei ihnen große Summen ausländischen Geldes. Mehrere Schieber wurden zu je vier Wochen Gefängnis verurteilt.

— Luftschiffkatastrophen in Polen. In Warschau stürzte ein Heeresluftschiff infolge einer Motorbeschädigung aus der Höhe von 1500 Metern auf das Orangerhaus des Lazientenparks. Der Pilot, Leutnant Szejewski, wurde getötet. Ein ähnlicher Unfall ereignete sich in Thorn: hier wurde die Gondel eines Militärluftballons durch Luftwirbel losgelöst und aus einer Höhe von 600 Metern herabgeschleudert. Drei Fliegeroffiziere erlitten den Tod.

Die deutsche Währung.

Reggen, Renten, Neu- und T-Mark ...
Alle bleiben Währungs-Mark!
Denn sogar die beste Währungs-Mark!
Wird nicht gleich zur Hunger-Mark!
Auch der Name „A-bis-3“-Mark
Schafft uns keine Milch- und Getreide-Mark,
Und die bunteste Papiermark!
Reicht nicht hin als Brot- und Biermark!
Nein! Uns hilft nur eins: die Goldmark!
Als Gehalt- und Lohn- und Soldmark!
Aber diese Optimus-Mark
Bringt uns nur ein neuer Bismarck! (Klabberdatsch.)

Amtl. Dollarkurs am 15. 11.: 2,520 Billionen.

Statt. Karlen.

Luise Schäfer
Willi Bald

Verlobte

Laasphe, November 1923.

Charlotte Daniel
Walter Großmann

Verlobte

Berlin NW 40 Volkholz b. Feudingen
November 1923.

Wir weisen nochmals darauf hin,
daß wir infolge Arbeitsüber-
lastung für pünktl. Erledigung
bei Ausführung von Ueberweisungs-
aufträgen, Devisen- u. Effekten- An-
und Verkäufe jegliche Verantwortung
ablehnen. — Für Geldentwertungs-
schäden haften wir nicht.

Marburger Bank

e. G. m. b. H.

Niederlassung Laasphe.

An unsere Stromabnehmer!

Zur Erleichterung der Zahlungsmöglichkeit für den
Stromverbrauch im Monat November nehmen wir
fortlaufend

Abschlagszahlungen

an unserer Kasse entgegen. Die eingezahlten Papiermark-
beträge werden nach dem jeweils gültigen Umrechnungs-
satz wertbeständig gutgeschrieben.

Die Ausgabe wertbeständiger Gutscheine ist in Vor-
bereitung.

Verleburg, den 14. November 1923.

Kommunales Ueberlandwerk Wittgenstein
G. m. b. H.

Laasphe Lichtspiele.

Sonntag den 18. November
abends 8 1/2 Uhr

**Durch Kerker und Paläste
von San Marco**

3. Spiel:

Stürzende Mächte.

Chaplin als Kulissenschieber
Luftspiel.

Swartigletscher in Gollandsföord
Großartige Naturaufnahmen.

Gute Streichmusik

Paul Fuchs.

Westfälischer Hof

1. Wittgensteiner Konferenz zur Wiedung und Vertiefung des Glaubenslebens

am 18. und 19. November 1923
in der Kirche zu Erndtebrück.

Thema: Jesus, der große Sünderfreund.

Sonntag den 18. November:

- 9 1/2 Uhr: Gottesdienst. P. A. Christlieb, Heideberg.
- 11 " Eröffnung. Mehrere Redner.
- 2 " Gebetsgemeinschaft.
- 2 1/2 " Referat: Jesus in seinem Ver-
halten zu Nikodemus. (Joh. 3)
Hauptlehrer Klein-Marienborn.
Anschließend Aussprache.
- 8 " Evangelisation. Miss.-Insp. Hoffmann-
Barmen.

Montag den 19. November:

- 9 1/2 Uhr: Morgenandacht. P. A. Christlieb.
- 9 1/4 " Referat: Jesus in seinem Ver-
halten zu Zachäus. (Luk. 19).
Fabrikant W. A. Siebel-Freudenberg.
Anschließend Aussprache.
- 2 " Referat: Jesus in seinem Ver-
halten zur großen Sünderin.
(Luk. 7). P. A. Christlieb.
Anschließend Aussprache.
- 8 " Missionsversammlung.
Miss.-Insp. Hoffmann für die Barmer
Mission,
Missionar Pfeifer-Verleburg für die
Neukirchener Mission.

Bitten, betr. Freiquartiere, die in beschränkter
Anzahl zur Verfügung stehen, richte man sofort an
Herrn Pfarrer Sahner-Erndtebrück. Für Auswärtige
wird Kaffee bereit gehalten.

Miss.-Insp. A. Hoffmann,
Barmen.

P. Dr. Müller,
Girkhausen.

Sämtl. Drucksachen

liefert preiswert

Buchdruckerei E. Schmidt
Laasphe.

Ein wenig gebrauchter

Handwagen

zu verkaufen. Näheres
in der Geschäftsstelle der
Wittgenst. Ztg.

Erndtebrücker Bank

e. G. m. u. H.

Erndtebrück.

Sonntag den 18. Nov., nachm. 2 Uhr

Generalversammlung

im Zeichenhalle der Erndtebrücker Schule.

Die Tagesordnung wird in der Versammlung be-
kannt gegeben.

Erndtebrück, 15. November 1923.

Der Vorstand.



Meine

Photogr. Anstalt

ist in Laasphe jeden
Sonntag von 2-4 1/2 Uhr
geöffnet.

Ernst Eschemann, Photogr.

Anfertigung von Ver-
größerungen nach jedem Bilde.

Die gegen Fr. Elise Gähler,
Laasphe, Königstraße 50,
ausgesprochene Beleidigung
nehme ich hiermit als un-
wahr zurück.

Ehr. Bänfer,
Feudingerhütte.

Metalle, Eisen

sowie sämtl. Altmateriale
kauft im Umtausch gegen
prima Wollgarn

Jak. Moses, Laasphe

für Guthmann & Co.,
G. m. b. H., Biedentopf.

Reparaturen

an Nähmaschinen, Cen-
trifugen sowie Motor-
rädern u. sonstigen Kraft-
fahrzeugen, landwirt-
schaftl. Maschinen etc.
in mod. Reparaturwerkstatt
preiswert und prompt.

Herm. Jüngst,

G. m. b. H.,

Dahlbruch, Kreis Siegen.

**Gottesdienst-Ordnung
der Gemeinde Erndtebrück.**

1. Konferenz zur Wiedung u.
Vertiefung des Glaubens-
lebens.

Sonntag den 18. Novbr. 1923.

9 1/2 Uhr: Hauptgottesdienst:
P. A. Christlieb, Heideberg.

11 Uhr: Eröffnung:
Mehrere Redner.

2 Uhr: Gebetsgemeinschaft.

2 1/2 Uhr: Referat: Jesus in
seinem Verhalten zu Zachäus.
Hauptlehrer Klein, Marien-
born. Aussprache.

8 Uhr: Evangelisation: Miss.-
Insp. Hoffmann, Barmen.

Montag den 19. November.

9 1/4 Uhr: Morgenandacht:
P. A. Christlieb.

9 1/2 Uhr: Referat: Jesus in
seinem Verhalten zu Zachäus.
Fabrikant W. A. Siebel,
Freudenberg. Aussprache.

2 Uhr: Referat: Jesus in seinem
Verhalten zur großen Sünderin.
P. A. Christlieb.

8 Uhr: Missionsversammlung:
Miss.-Insp. Hoffmann (Barmer
Mission), Missionar Pfeifer,
Verleburg (Neukirchener Miss.)

Mittwoch den 21. November.
Buß- und Bettag.

10 Uhr: Hauptgottesdienst.
P. Sahner. Kollekte zum
Besten des Sonntagsblattes.

Giraffischer Anzeiger

**Evangelischer Gottesdienst
in Laasphe.**

25. G. u. Trin., 18. Novbr.

Vorm. 10 Uhr: P. Bauer.

Sammlung für das evangel.
Versorgungshaus in Soest.

11 1/2 Uhr: Kindergottesdienst.

10 Uhr in Niederlaasphe:
P. Adams.

Ihre Wäsche wird viel zu teuer!

Die Not der Zeit verlangt Sparsamkeit
an allen Enden. Auch für die Haus-
wäsche gilt dies Gebot. Wenn Sie

Persil

verwenden und zwar richtig, nach Vor-
schrift, so brauchen Sie zur Erzielung
einer tadellosen Wäsche nichts weiter als
dieses und haben die halbe Arbeit! Persil

verbilligt die Wäsche!

Es ist — richtig angewandt — von viel
größerer Ergiebigkeit als Sie wissen:
Einmaliges, kurzes Kochen, und Sie
haben eine saubere, blendend weiße
Wäsche! Das mag erstaunlich klingen,
ist aber so. Sie müssen es nur einmal
versuchen. Nötig ist allerdings, daß Sie
Persil genau nach der Gebrauchsanwei-
sung verwenden, es kalt auflösen und
ohne die vielen Zutaten gebrauchen, die
seine gute Wirkung hemmen und das
Waschen so sehr verteuern. Merken Sie
sich: Persil ist kein Seifenpulver, wie es
hundertlei gibt, sondern es ist das Wasch-
mittel, welches durch seine schmutz-
lösenden Eigenschaften die Wäsche
selbsttätig wäscht und sie zugleich
blendend weiß macht. Durch Ausschäl-
tung jeder eindringlichen Bearbeitung
mit Waschbrett und Bürste wird so das
Gewebe weitgehend geschont. Versuchen
Sie es einmal, und Sie werden erkennen:

**Das Persilverfahren ist die wirt-
schaftlichste Waschmethode,
die es gibt!**

Unsere

la. Lederfette

Vaseline

sind erstklassig

Tranfette

Schmidt & Hoffmann, Fabrikation u. Vertrieb
Lechn. Öle u. Fette Fischelbach, Kr. Wittgenst.